

V0390/21

Vollzug des Bayrischen Straßen- und Wegegesetzes;
Gemeinschaftsantrag (V0273/21) der Stadtratsfraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der
SPD sowie der Stadtratsgruppe DIE LINKE
(Referent: Herr Hoffmann, Herr Müller, Herr Engert und Herr Fleckinger)

Stadtrat vom 29.07.2021

Der Gemeinschaftsantrag V0273/21, der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion V0426/21 und der Antrag der Verwaltung V0390/21, V0390/21/1 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Rehm stellt zu diesem Punkt Antrag auf Einzelabstimmung, da es vier einzelne Punkte seien. Er erläutert die einzelnen Punkte, um seine Sichtweise zu erklären. Punkt eins werde die AfD-Fraktion ablehnen, da die AfD-Stadtratsfraktion keine zusätzlichen Belastungen der Ingolstädter Bürgerinnen und Bürger wolle. Punkt zwei werde die AfD-Fraktion zustimmen. Zu Punkt drei merkt Stadtrat Rehm an, dass der Inhalt der Hinweisschilder, die an den drei besagten Straßen angebracht werden sollen, vorab an die Fraktionen geschickt werden sollten, um davon Kenntnis nehmen zu können. Bei Punkt vier gehe die Fraktion auch mit, mit einer Ergänzung. Zum letzten Satz bezüglich der Ein- und Besetzung der Kommission solle zu gegebener Zeit eine erneute Sitzungsvorlage erstellt werden und dem Ältestenrat vorab vorgelegt werden. Des Weiteren bedankt sich Stadtrat Rehm bei der Verwaltung, dass einer grundsätzlichen Umbenennung nicht stattgegeben worden sei und die AfD-Fraktion sei sehr froh, dass auch ihr Antrag berücksichtigt worden sei.

Stadträtin Krumwiede bringt vor, dass die Fraktion B90/die Grünen die Verwaltungsvorlage für sehr gut empfinde, denn die Vorlage bringe Ruhe und Sachlichkeit in die Diskussion. Mit der Einrichtung einer Kommission werde ein Prozess angestoßen, dem sich die meisten Großstädte in Deutschland schon gestellt hätten. In Augsburg, sei vor kurzem die von den Nationalsozialisten benannte „Langemarckstraße“ umbenannt worden, in „Familie-Einstein-Straße“. Kaum sei das neue Straßenschild angebracht worden, sei es beschädigt und geklaut worden. Stadträtin Krumwiede denkt, dass an diesem Beispiel deutlich werde, dass die Debatte um NS-belastete Straßennamen hoch politisch sei. Ihrer Meinung nach sollen Straßen nur nach Personen benannt werden, die es würdig seien geehrt zu werden. In der Handreichung des Deutschen Städtetages stehe, dass eine Umbenennung notwendig sei, wenn neue historische Bewertungen vorlägen, die eine Benennung nach heutigen Grundsätzen verbiete. Durch die Einrichtung der Kommission erhoffe sie sich mehr Kenntnisse über Vordenker, Mitverantwortliche und Profiteure des Naziregimes, nach denen in Ingolstadt immer noch Straßen benannt sein könnten.

Stadtrat Over äußert dazu, dass er sich nicht völlig einem der genannten Lösungsansätze anschließe, sondern dass er hier stehe, weil er gewählt worden sei und bereit sei, Dinge zum Wohle der Stadt zu entscheiden. Trotzdem fühle er sich angesprochen, wenn es auf der Webseite der AfD-Fraktion von „Links-Grüner Umbenennungswillkür“ gesprochen werde. Auch die Flyer-Aktion der AfD im Piusviertel halte er für sehr schlechten Stil.

Stadtrat De Lapuente denkt es sei klar, warum keine Straßennamen nach den hauptverantwortlichen des dritten Reiches benannt worden seien, dennoch gebe es noch Straßennamen, die noch tief verwurzelt mit den Schandtaten des Dritten Reiches seien. Er hält es für richtig, dass die Verwaltung beauftragt werde, eine Kommission vorzubereiten, die sich mit der Sichtung und Beurteilung von Straßennamen im Zusammenhang mit Persönlichkeiten mit direkter Verbindung zur Epoche des Dritten Reiches befasse. Stadtrat De Lapuente ist der Meinung, dass es richtig sei, die Hindenburg-, Mölders- und die

Udetstraße mit einem entsprechenden Hinweisschild zu versehen, da es eine Ehrung sein sollte, eine Straße nach einer Person zu benennen und diese Person auch würdig sein müsse, geehrt zu werden. So stehe es auch in der Vorgabe des Bayrischen Städtetages. Dennoch sei es nicht in Ordnung, mit diesem Thema Wahlkampf zu betreiben, denn mit diesem schwierigen Thema sei verantwortungsvoll umzugehen.

Stadtrat Bannert teilt diese Ansicht nicht, er wolle lediglich die Interessen der Bürger vertreten. Es sei kein schlechter Stil, sondern Aufklärungspolitik, so Stadtrat Bannert und wie sich die Bürger dann in 5 Jahren bei der nächsten Kommunalwahl entschieden, werde man sehen. Die Unterschriftenliste werde Herrn Oberbürgermeister Dr. Scharpf am Ende vorgelegt werden und dann sehe man wie viele Bürger unterschrieben haben.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf stellt sich die Frage, gegen was genau Unterschriften gesammelt werden, denn es sei in der Sache ja noch gar nichts spruchreif. Er ist der Meinung, dass den Leuten Sand in die Augen gestreut werde, denn es sei selbstverständlich nicht der Fall, dass flächendeckend Straßen umbenannt werden sollen. In der Beschlussvorlage sei angegeben, dass eine Kommission gegründet werde, die sich dann mit der Thematik auseinandersetzen werde und Vorschläge bringe, wie mit problematischen Namen umzugehen sei. Dann würden Hinweistafeln angebracht und im Extremfall eine Umbenennung vorgenommen. Deshalb denkt Oberbürgermeister Dr. Scharpf, dass es nicht angebracht sei Infostände aufzustellen und wenn so getan werde als ob flächendeckend Straßennamen umbenannt würden.

Stadträtin Bulling-Schröter findet es wichtig, dass die Leute, die unterschrieben haben, sich bewusst seien, dass die Straßennamen immer noch nach Faschisten benannt seien.

So dann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0390/21/1:

Gegen die Stimmen der AfD-Stadtratsfraktion:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0390/21:

Gegen die Stimmen der AfD-Stadtratsfraktion:

1. Der Gemeinschaftsantrag wird bezüglich einer Kostenübernahme der Aufwendungen der Bürger bei Straßenumbenennungen durch die Stadt abgelehnt.

Mit allen Stimmen:

2. Straßenbenennungen erfolgen zukünftig unter Beachtung der Handreichungen des Deutschen Städtetags vom März 2021 (Anlage 1) und des Kriterienkatalogs (Anlage 2).

Mit allen Stimmen:

3. Die Verwaltung wird beauftragt die Hindenburg-, die Mölders- und die Udetstraße mit entsprechenden Hinweisschildern zu versehen. Über eine Umbenennung entscheidet zu einem späteren Zeitpunkt der Stadtrat auf Empfehlung der unter Punkt 4. genannten Kommission.

Mit allen Stimmen:

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einsetzung einer Kommission vorzubereiten, deren Arbeit sich auf die Sichtung und Beurteilung von Straßennamen im Zusammenhang mit Persönlichkeiten mit direkter Verbindung zur Zeitepoche des

„Dritten Reiches“ beschränkt. Bezüglich der Ein- und Besetzung der Kommission ist zu gegebener Zeit eine erneute Sitzungsvorlage zu erstellen.